

## 9. Kultur- und Schulpolitik

<u>Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>9. Kultur- und Schulpolitik</u>	<u>Signatur</u>
1	0000.00.00	Vereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP über kulturelle Angelegenheiten (Schule, Kirche etc.)	KvVI K296
2	1945.07.10	Brief von Scharf an Afritsch über Kommunisten in Kultureinrichtungen	VGA Korr.ZS
3	1945.08.08	Brief von Körner an alle Veranstalter auf kulturellem Gebiet	VGA Korr.ZS
4	1945.11.27	Brief an die SPÖ über die Besetzung von Bildungsämtern	VGA Korr.ZS
5	1945.06.25	Protokoll des PV über Schulpolitik und katholische Privatschulen	Archiv d.SPÖ
6	1945.08.27	Schulprogramm der SPÖ	Archiv d.SPÖ
7	1946.05.06	Protokoll des PV über Schulfragen	Archiv d.SPÖ
8	1946.05.20	Protokoll des PV über Schulfragen	Archiv d.SPÖ
9	1946.06.01	Protokoll des PV über Schulfragen, Privatschulen und Religionsunterricht	Archiv d.SPÖ
10	1946.06.11	Protokoll des PV über Schulkreuz, Schulgebet und Privatschulen	Archiv d.SPÖ
11	1951.05.16	Brief von Zechner an Schärf über Hurdes-Entwurf zum Religionsunterricht	VGA Korr.ZS
12	1952.01.08	Aktennotiz von Hurdes an Figl über die Haltung der SPÖ zur Kulturpolitik	KvVI K296
13	1952.03.13	Brief von Kolb an Helmer über strittige Punkte im Schul- und Erziehungsgesetz	Nachlaß Waldbrunner
14	1953.10.30	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Parteienbesprechung zu Schulfragen	Nachlaß Waldbrunner
15	1953.12.29	Brief von Schärf an Waldbrunner über die Verhandlungen im Komitee der Fachleute zu Schulfragen	Nachlaß Waldbrunner

10. Dezember 1945

Kulturelle Front

## Vereinbarungen auf kulturellem Gebiete

In dem Wunsche, einen Kulturkampf zu vermeiden und diesbezügliche Zweifel auszuschließen, verpflichten sich beide Parteien, eine gesetzliche Regelung in nachstehenden Fragen, wenn eine der beiden Parteien es verlangt, herbeizuführen und diese Fragen vor einer Befassung des Ministerrates gemeinsam zu besprechen:

1.) Auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung die Frage des Privatschulwesens, wobei seitens der Sozialistischen Partei Österreichs erklärt wird, daß sie grundsätzlich damit einverstanden wäre, auf diesem Gebiet den gesetzlichen Zustand, der am 5. März 1933 gegolten hat, zur Grundlage der Erörterung zu machen.

2.) Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schund.

3.) Beseitigung des Zwanges zur zivilen Eheschließung im Falle kirchlicher Trauung.

4.) Volksbildungsgesetz.

5.) Klärung der durch die NS-Maßnahmen aufgeworfenen Probleme hinsichtlich des bestandenen Religionsfonds und sonstiger güterrechtlicher Fragen der katholischen Kirche.

Die Frage des Bestandes des Konkordates ist eine reine Rechtsfrage und bildet daher keinen Gegenstand dieser politischen Vereinbarung.

Beide Parteien nehmen zur Kenntnis, daß zur Regelung einzelner strittiger Fragen auf der Hochschule die eheste Erlassung eines Bundesgesetzes über die Studien an den wissenschaftlichen Hochschulen (Hochschulstudiengesetz) erforderlich ist.

KARL VON VOGELSSANG-  
INSTITUT WIEN  
MARGARETENPLATZ 73

S/Mt. 10.7.45

Vertraulich !

An den  
Gen. Afritsch  
W i e n I.,  
Neues Rathaus

Werter Genosse Afritsch !

Wir haben folgenden Bericht erhalten:

- 1. Die Renaissance-Bühne wurde an den kommunistischen Direktor K u c h e n b u c h, die Kammerspiele an den kommunistischen Direktor H o r a k und das Stadttheater an den kommunistischen Direktor L ü b ö vergeben.
- 2. In das Favoritner Arbeiterheim will Stadtrat Matejka mit aller Gewalt eine Theaterdirektion N a c h m a n n bringen, dessen Apparat zumindestens als kommunistisch anzusehen ist.
- 3. Fall J a h n - H e n e l Deutsches Volkstheater: siehe Informationsblatt.

Wir ersuchen Dich um Mitteilung, in welcher Weise wir diesen Einbruchsversuchen der Kommunisten - vor allem in unsere Kultur-Einrichtungen - entgegenwirken könnten.

*Anton Schauf*

KARL VON VOGELSANG  
INSTITUT WIEN  
TILGASCASSE 73

Wien, den 8. August 1945.

An alle Veranstalter auf kulturellem Gebiet

(dies betrifft Theater, Varietes, Kabarets, Tanzkabarets, Akademien, Filmverleih, Kinos, Konzerte, Ausstellungen, volksbildnerische und künstlerische Veranstaltungen usw.) ergeht in Durchführung des Punktes 4 der Anordnung vom 5.7.1945 folgende Weisung:

Die Programme samt Text und sonstigen Unterlagen sind bei der Mag. Abt. XI/1, Wien, I., Neues Rathaus, 3. Stiege, Hochparterre, in zweifacher Ausfertigung einzureichen und zwar:

1. Werke abendfüllenden Inhalts (Theaterstücke, Opern, Operetten),  
5 Wochen vor dem Aufführungstag.
2. Programme der Kabarets, Varietes, Kleinkunsth Bühnen,  
3 Wochen vor dem Aufführungstag.
3. Programme von Einzelveranstaltungen (Akademien, Festveranstaltungen, Einzelaufführungen)  
14 Tage vor dem Aufführungstag.

Bei aus dem Stegreif gehaltenen Vorträgen (z.B. Conference) ist eine für die Veranstalter verbindliche Inhaltsskizze, ebenfalls in 2-facher Ausfertigung vorzulegen.

Handelt es sich um Aufführungen von Werken, die bereits zum festen Bestand des kulturellen Lebens gehören (z.B. Klassiker der Musik und Literatur), dann genügt vorerst die Bekanntgabe des Titels und die nähere Bezeichnung der gewählten Fassung (Textausgabe).

Die Veranstalter werden von der Genehmigung des Programmes durch Rückgabe eines vidiierten Exemplares der Einreichungen samt Unterlagen in Kenntnis gesetzt.

Die eingereichten Programme, Texte und Plakatmanuskripte (Größe 10 x 42 cm) werden von der Verwaltungsgruppe XI der zuständigen Zensurstelle der alliierten Militärbehörde zur Entscheidung vorgelegt.

Die Entscheidung über die Zulassung des Programmes bzw. des Stückes kann jeweils 8 Tage nach dem Einreichungstag von der obgenannten Stelle eingeholt werden. Das genehmigte Programm ist während der Vorstellung in der Direktionskanzlei bereitzuhalten und über Verlangen den überwachenden Polizeiorganen zur Überprüfung auszufolgen.

Den Veranstaltern wird die genaueste Einhaltung des genehmigten Programms zur zwingenden Pflicht gemacht, sie tragen persönlich für die genaue Einhaltung die volle Verantwortung.

Der Bürgermeister  
der Stadt Wien

[ K ö r n e r e. h.

Sozialistische  
Bildungszentrale  
4

Wien, den 27. II. 1945.

An den

Partei Vorstand der S.P.Ö.,

Wien, I., Löwelstraße 18.

Die Vertreter des sozialistischen Bildungswesens erlauben sich, dem Parteivorstand ihre Stellungnahme zur künftigen Besetzung der wichtigsten Bildungsämter des Staates zu unterbreiten.

Die sozialistischen Lehrer und Volksbildner haben in den vergangenen Monaten mit Befremden und voll Betrübnis gemerkt, daß die Sozialistische Partei den erziehungs- und bildungspolitischen Fragen nicht das Interesse zugewendet hat, das ihnen zukommen müßte, so daß auf diese Weise der Einfluß der Sozialisten im österreichischen und im Wiener Schul- und Bildungswesen stark zurückgedrängt wurde.

Das Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten stand unter der Leitung eines Kommunisten (Fischer), dem von den 5 ihm beigegebenen Unterstaatssekretären nicht weniger als 2 Vertreter der Ö.V.P. (Lugmayer und Hefel) zur Seite standen. Der Wiener Stadtschulrat wurde in der Person des geschäftsführenden Vizepräsidenten (Konschak) ebenfalls der Ö.V.P. ausgeliefert und das Kulturamt der Stadt Wien einem Kommunisten (Matejka) anvertraut.

In Parteikreisen wird nun vielfach darauf hingewiesen, daß es wichtiger sei, die maßgebenden Stellen zu besetzen, die die Führung der Wirtschaft, die Ernährung und die Sozialgesetzgebung beeinflussen und daß aus diesen Gründe auf die Bildungs- und Erziehungsfaktoren leichter verzichtet werden könnte. Wir halten diese Ansicht für unrichtig, weil wir der Meinung sind, daß überall dort, wo die entsprechenden Berufsorganisationen und Gewerkschaften der Arbeiterschaft bestehen, auch der Einfluß der Sozialisten garantiert ist, während in den Bildungsinstitutionen die relativ wenigen Sozialisten sich den reaktionären Kräften gegenüber nur schwer durchsetzen können. Andererseits weiß aber jeder Mann, von welcher entscheidender Bedeutung für die geistige Beeinflussung und Führung des ganzen Volkes gerade diese Stellen sind.

So wie die Sozialisten anderer Länder in Erkenntnis dieser Zusammenhänge die Leitung der Erziehungs- und Bildungsämter des Staates erstreben, stellen daher auch wir in dieser Hinsicht unsere Forderungen auf und ersuchen den Parteivorstand, diese bei den zukünftigen

Parteienverhandlungen über die Zusammensetzung der Staatsregierung und der Wiener Landesregierung zu vertreten:

1.) Da im Falle einer neuen Koalitionsregierung die K.P.Ö. wahrscheinlich beide von ihren Vertretern besetzten Staatsämter abgeben wird müssen, fordern wir, daß das Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten in die Hände eines Sozialisten kommt. Wir machen dabei darauf aufmerksam, daß diese Staatsämter nicht nur das gesamte Schulwesen Österreichs, einschließlich der Hochschulen und alle staatlichen wissenschaftlichen Institute umfassen, sondern daß ihm auch die Kontrolle der literarischen Produktion und des Verlagswesens obliegt, ebenso auch die Lenkung des gesamten Volksbildungswesens und daß von ihm aus alle österreichischen Jugendorganisationen beeinflußt werden können.

2.) Wenn die Stelle des Staatssekretärs in diesem Staatsamt von uns nicht besetzt werden kann, so fordern wir, daß mindestens ein sozialistischer Unterstaatssekretär dort verbleibt.

3.) In diesem Falle fordern wir, daß als Vertreter der Ö.V.P. keinesfalls der Minister a.D. Pernter Staatssekretär wird. Dieser Herr ist durch seine Tätigkeit in der Heimwehr und im Unterrichtsministerium schwerstens belastet und hat auch jetzt bereits wieder durch verschiedene Äußerungen in der Öffentlichkeit seine reaktionäre Haltung unterstrichen, so daß er für sozialistische Lehrer und Volksbildner absolut untragbar ist.

4.) Als selbstverständlich wird angenommen, daß gemäß den Traditionen des roten Wien der Stadtschulrat für Wien wieder in die Hände eines Sozialisten gelegt wird, dessen Aufgabe es sein wird, dort das Vermächtnis des unvergessenen Otto Glöckel zu erfüllen.

5.) Gefordert muß weiter werden, daß womöglich die Stelle des amtsführenden Stadtrates, der für das Kulturamt der Stadt Wien verantwortlich ist, einem Sozialisten übergeben wird. Jedenfalls aber muß verhindert werden, daß dieses Amt einem Vertreter der Ö.V.P. anvertraut wird, der es als Mittelpunkt einer reaktionären Kulturpropaganda ausbauen würde.

6.) Nur wenn diese Forderungen erfüllt werden, ist die Möglichkeit gegeben, die leitenden und gehobenen Posten des Schul- und Bildungswesens bei den Behörden und Schulen (Staatsamt, Landesschulräte, Stadtschulrat, Schulaufsicht, Schuldirektoren und Oberlehrer) nach den Grundsätzen des politischen Proporz zu besetzen.

f.d.

Lehrer-Mandatare der Sozialistischen Partei Österreichs  
Sozialistischen Lehrerverein Österreichs  
Zentralverein der Wiener Lehrerschaft  
Vereinigung Sozialistischer Mittelschullehrer  
Vereinigung Sozialistischer Hochschullehrer  
Sozialistische Bildungszentrale

J. Einslein  
H. Hirsch  
A. Edler  
St. Anton  
H. Albert  
Wilhelm  
F. Strohinger  
M. Schneider  
H. Schauf  
H. W. W. W.

D. Fuchs  
W. Fuchs  
V. Fuchs  
D. Weichauer  
D. G. Gamberger  
M. M. M. M.  
J. J. J. J.  
B. B. B. B.

Wien, den 27.11.1945.

An den

Partei Vorstand der S.P.Ö.,

Wien, I., Löwelstraße 18.

Die Vertreter des sozialistischen Bildungswesens erlauben sich, dem Parteivorstand ihre Stellungnahme zur künftigen Besetzung der wichtigsten Bildungsämter des Staates zu unterbreiten.

Die sozialistischen Lehrer und Volksbildner haben in den vergangenen Monaten mit Befremden und voll Betrübniß gemerkt, daß die Sozialistische Partei den erziehungs- und bildungspolitischen Fragen nicht das Interesse zugewendet hat, das ihnen zukommen müßte, so daß auf diese Weise der Einfluß der Sozialisten im österreichischen und im Wiener Schul- und Bildungswesen stark zurückgedrängt wurde.

Das Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten stand unter der Leitung eines Kommunisten (Fischer), dem von den 3 ihm beigegebenen Unterstaatssekretären nicht weniger als 2 Vertreter der Ö.V.P. (Lugmayer und Hefel) zur Seite standen. Der Wiener Stadtschulrat wurde in der Person des geschäftsführenden Vizepräsidenten (Kunschak) ebenfalls der Ö.V.P. ausgeliefert und das Kulturamt der Stadt Wien einem Kommunisten (Matejka) anvertraut.

In Parteikreisen wird nun vielfach darauf hingewiesen, daß es wichtiger sei, die maßgebenden Stellen zu besetzen, die die Führung der Wirtschaft, die Ernährung und die Sozialgesetzgebung beeinflussen und daß aus diesem Grunde auf die Bildungs- und Erziehungsfaktoren leichter verzichtet werden könnte. Wir halten diese Ansicht für unrichtig, weil wir der Meinung sind, daß überall dort, wo die entsprechenden Berufsorganisationen und Gewerkschaften der Arbeiterschaft bestehen, auch der Einfluß der Sozialisten garantiert ist, während in den Bildungsinstitutionen die relativ wenigen Sozialisten sich den reaktionären Kräften gegenüber nur schwer durchsetzen können. Andererseits weiß aber jeder Mann, von welcher entscheidender Bedeutung für die geistige Beeinflussung und Führung des ganzen Volkes gerade diese Stellen sind.

So wie die Sozialisten anderer Länder in Erkenntnis dieser Zusammenhänge die Leitung der Erziehungs- und Bildungsämter des Staates erstreben, stellen daher auch wir in dieser Hinsicht unsere Forderungen auf und ersuchen den Parteivorstand, diese bei den zukünftigen Parteienverhandlungen über die Zusammensetzung der Staatsregierung und der Wiener Landesregierung zu vertreten:

1.) Da im Falle einer neuen Koalitionsregierung die K.P.Ö. wahrscheinlich beide von ihren Vertretern besetzten Staatsämter abgeben wird müssen, fordern wir, daß das Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten in die Hände eines Sozialisten kommt. Wir machen dabei darauf aufmerksam, daß diesem Staatsamt nicht nur das gesamte Schulwesen Österreichs, einschließlich der Hochschulen und alle staatlichen wissenschaftlichen Institute unterstellt sind, sondern daß ihm auch die Kontrolle der literarischen Produktion und des Verlagswesens obliegt, ebenso auch die Lenkung des gesamten Volksbildungswesens und daß von ihm aus alle österreichischen Jugendorganisationen beeinflußt werden können.

2.) Wenn die Stelle des Staatssekretärs in diesem Staatsamt von uns nicht besetzt werden kann, so fordern wir, daß mindestens ein sozialistischer Unterstaatssekretär dort verbleibt.

3.) In diesem Falle fordern wir, daß als Vertreter der Ö.V.P. keinesfalls der Minister a.D. Pernter Staatssekretär wird. Dieser Herr ist durch seine Tätigkeit in der Heimwehr und im Unterrichtsministerium schwerstens belastet und hat auch jetzt bereits wieder durch verschiedene Äußerungen in der Öffentlichkeit seine reaktionäre Haltung unterstrichen, so daß er für sozialistische Lehrer und Volksbildner absolut untragbar ist.

4.) Als selbstverständlich wird angenommen, daß gemäß den Traditionen des roten Wien der Stadtschulrat für Wien wieder in die Hand eines Sozialisten gelegt wird, dessen Aufgabe es sein wird, dort das Vermächtnis des unvergeßlichen Otto Glöckel zu erfüllen.

5.) Gefordert muß weiter werden, daß womöglich die Stelle des amtsführenden Stadtrates, der für das Kulturamt der Stadt Wien verantwortlich ist, einem Sozialisten übergeben wird. Jedenfalls aber muß verhindert werden, daß dieses Amt einem Vertreter der Ö.V.P. anvertraut wird, der es als Mittelpunkt einer reaktionären Kulturpropaganda ausbauen würde.

6.) Nur wenn diese Forderungen erfüllt werden, ist die Möglichkeit gegeben, die leitenden und gehobenen Posten des Schul- und Bildungswesens bei den Behörden und Schulen (Staatsamt, Landesschulräte, Stadtschulrat, Schulaufsicht, Schuldirektoren und Oberlehrer) nach den Grundsätzen des politischen Proporz zu besetzen.

f.d.

Lehrer-Mandatare der Sozialistischen Partei Österreichs  
Sozialistischen Lehrerverein Österreichs  
Zentralverein der Wiener Lehrerschaft  
Vereinigung Sozialistischer Mittelschullehrer  
Vereinigung Sozialistischer Hochschullehrer  
Sozialistische Bildungszentrale

J. Enslein

Dr. Heinrich Gassner

Dr. Edwin Zellwecker

Dr. Oskar Maar

Dr. Albert Krassnigg

Dr. Wilhelm Stemmer

Strebinger

Duschek

Erwin Scharf

Dr. Zechner

W. Stadler

V. Fadrus

Dr. Johann Neubauer

Dr. Rich. Bamberger

Dr. Wilhelm Groß

Dr. Jacot

Brachmann

Dr. Kramer

Protokoll über die Sitzung des provisorischen  
Partei Vorstandes in Wien am 25. Juni 1945.

Vorsitz: Gen. Seitz (zeitweise)  
" Schärf (zeitweise)

Anwesend: Gen. Speiser	Gen. Widmayer
" Popp	" Waldbrunner
" Helmer	" Weber
" Afritsch	" Hackenbergs
" Slavik	" Körner
" Proft	" Honay
" Scharf	" Böhm
" Stegu	" Krones
" Enslein	

- Tagesordnung:
- 1) Bericht des Organisationskomitees (Speiser)
  - 2) 2 Monate sozial. Gemeindeverwaltung (Honay)
  - 3) Schule (Enslein)
  - 4) Pressekomitee
  - 5) Kinderlandverschickung (Proft)
  - 6) Wohnungswesen (Slavik)
  - 7) Jugend am Werk (Afritsch)
  - 8) Sekretariat (Popp)
  - 9) Eventuelles

1.) Bericht des Organisationskomitees (Speiser).

Gen. Seitz ist zurückgekehrt und wird zu unserer Freude die Stelle des Parteiohnmannes wieder einnehmen. Das Organisationskomitee hat inzwischen wie vorgesehen, die Zusammensetzung des prov. Partei Vorstandes neu überprüft und legt den Beschluss, der wie folgt lautet zur Genehmigung vor:

Die nachstehenden Mitglieder des letzten gewählten Partei Vorstandes

Gen. Seitz	Gen. Speiser
" Renner	" Körner
" Schärf	" Proft
" Helmer	" Popp
	" Böhm

verstärken sich, den neuen Umständen Rechnung tragend um die

Gen. Afritsch	Gen. Maisel
" Scharf	" Krones
" Slavik	" Hackenbergs
	" Strasser

Für die Kontrolle, die vorwiegend aus den Länderdelegierten bestehen soll, sind zunächst folgende Gen in Aussicht genommen:

Für Wien	Gen. Weber	Gen. Honay
" Niederöst.	" Schneidermadr	" Widmayer
" Oberöst.	" Schindl (bis zur Delegation eines anderen Genossen aus Oberösterreich)	
Steiermk.	" Stegu (bis zur Delegation eines anderen Gen. aus Stmk. - diese Organisation soll in dieser Angelegenheit so gleich brieflich befragt werden).	

*Handwritten notes:*  
Für Wien  
Gef. ...  
Gef. ...

wird zugleich vorgeschlagen, den beiden Parteisekretären, nach altem Statut nur beraten konnten, Sitz und Stimme zu geben.

Nach kurzer Debatte (Gen. Stefu spricht sich insbesondere gegen die Form des Kooptierens der jüngeren Genossen aus) wird dieser Vorschlag einstimmig angenommen.

Ein Antrag des Verbandes der selbständig Erwerbenden, ihm Sitz und Stimme im Parteivorstand einzuräumen, wird aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.

Das Organisationskom. schlägt weiters vor, zum Vorsitzenden Gen. Seitz, zum 1. Stellvertreter Gen. Schärf, zum 2. Stellv. Gen. Helmer, zum Kassier Gen. Popp, zur Schriftführerin Gen. Kronas zu bestellen.

Gen. Afritsch spricht dafür den zweiten Stellvertreter aus den Reihen der Jüngeren zu wählen.

Gen. Helmer schlägt vor, einen dritten Stellvertreter zu bestellen und nominiert hierfür Gen. Slavik.

Der Antrag, einen dritten stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen wird angenommen. Das Organisationskomitee wird beauftragt, einen Personenvorschlag zu machen.

Der Antrag des Org.Kom. hinsichtlich Verteilung der Funktionen wird namentlich zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

## 2.) 2 Monate sozialistische Gemeindeverwaltung (Hony).

Ein derartiger Bericht könnte eine gute Werbung darstellen und wurde schon oft verlangt. Er ist des Umfanges wegen kaum in der Zeitung "Neues Österreich" unterzubringen und Gen. Hony schlägt die Herausgabe einer Broschüre vor. Antrag findet allgemeine Billigung, jedoch wird die Offerte des Schellverlages (70 Pfennige Kolporteurpreis - RM 1.-Verkaufspreis) als untragbar bezeichnet. Die Broschüre soll in Hefenreife der Partei herausgebracht werden in der Schriftreihe "Sozialistische Seite". Das Manuskript soll raschmöglichst dem Sekretariat Referat Propaganda übergeben werden.

Im Zusammenhang damit wird daran erinnert, daß die Verlagsbuchhandlung Braumüller einst dem Vorwärts gehörte. Um diese Verlagsbuchhandlung soll sich das Sekretariat in Verbindung mit dem Verwalter des Vorwärts schnellstens kümmern.

## 3.) Schule. (Gen. Ennslein)

Gen. Ennslein erinnert daran, daß wir im Wiener Stadtschulrat noch immer keinen politischen Vertreter haben und bezeichnet diesen Zustand als untragbar.

Gen. Speiser bezeichnet es als einen Fehler, daß wir nicht sofort bei der Besetzung des Präsidentenpostens durch Kunttschak einen zweiten Präsidenten von uns nominiert haben und berichtet über die großen Schwierigkeiten bei den derzeitigen Verhandlungen in dieser Frage. Besondere Schwierigkeiten sind auch bei der Besprechung der Fragen "Wiederaufleben der katholischen Privatschulen, Schulgebet, Religionsnote" entstanden und Kunttschak weist sich auf Zusagen von Min. Fischer hin sehr hartnäckig.

Gen. Helmer berichtet über die Referatsaufteilung in der N.Ö.-Landesregierung (Helmer-Gemeinden, Brachmann - Schule, Widmayer - Finanzen und schlägt vor, in der Schulfrage eine Parteienverein-

barum mit Koppelung der Gebiete Wien und Niederösterreich zu suchen.

Bericht dient zur Kenntnis; der Vorschlag wird genehmigt.

Die Sitzung wird zur Begrüßung des Gen. Seitz unterbrochen.

Gen. Scharf begrüßt in warmen Worten und gibt einen kurzen Tätigkeitsbericht seit Wiederaufrichtung der Partei.

#### 4. Pressekomitee.

Gen. Helmer wird nachträglich zu dem letztthin bestimmten Pressekomitee nominiert.

#### 5.) Kinderlandverschickung (Proft).

In Rahmen des Ministeriums für Soziale Verwaltung wird eine Kinderlandverschickung (In- und Ausland) vorbereitet. Es hat eine Sitzung stattgefunden, bei der alle Parteien bis auf die SPÖ vertreten waren.

Auf unsere Beziehung wird größter Wert gelegt; Gen. Proft schlägt als unsere Delegierte Gen. Marie Bock vor.

Gen. Afritech schlägt zusätzlich Gen. Blaschovsky vor.

Gen. Böhm teilt mit, daß wir eingeladen wurden, oder zum mindesten werden sollten, er wird seinem Sekretär nochmals entsprechende Weisung geben.

Die personellen Vorschläge Bock und Blaschovsky werden angenommen.

#### 6.) Wohnungswesen (Slavik).

Gen. Slavik berichtet, daß etwa 40-50.000 Wohnungen wild vergeben worden sind. Die Besehung ist durchgeführt; die Bereinigung wird sehr schwierig sein - wahrscheinlich vielfach nur mit Polizeihilfe durchzuführen.

Ein zweites Problem sind die Kündigungen von NSDAP Angehörigen aller Gattungen als Siedlungen und Gemeindefohnungen. Er erbittet Richtlinien der Partei.

Gen. Helmer empfiehlt in jedem Bezirk eine Anzahl krasse Fälle herauszuziehen und das Einvernehmen mit der K.P. auf Basis des Houner-Erlasses zu suchen.

Gen. Scharf gibt als Richtlinie bei der Bereinigung der wilden Einweisungen sich zunächst auf wenige, krasse Fälle zu beschränken und bei den Kündigungen aus Gemeindebauten sich an das Gesetz zu halten (Illegale, Funktionäre usw.). Er macht darauf aufmerksam, daß der Kündigungsschutz auch für Gemeindebauten gilt.

Die Gen. Speiser und Kronas geben zu bedenken, daß man speziell was die Kündigungen aus Gemeindebauten und Siedlungen betrifft, auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht nehmen müsse. Unsere eigenen Funktionäre sind in vielen Fällen bereits über die strengen Normen des Gesetzes hinausgegangen und es muß nun ein Netz geschaffen werden, eventuell mit Hilfe des Zwangsaustausches, dies auf gesetzliche Basis zu stellen.

Gen. Slavik erklärt im Schlußwort, daß das Einvernehmen mit der Z.P. in dieser Frage hergestellt sei und er die Richtlinien zur Kenntnis nehme.

Russisches Stadtkommando erklärt Eigentum von Geflüchteten Nationalsozialisten und Reichsdeutschen als Beutegut. Von der Roten Armee werden jedoch nur wenige Dinge (Klaviere, Radioapparate,

## Schulprogramm der S P Ö .

---

Die sozialistische Partei Österreichs fordert die Hebung des Bildungsniveaus des gesamten Volkes, sie erstrebt die Erziehung der Jugend zu sozialistisch denkenden u. sozial fühlenden Menschen, sie kämpft für die Aufhebung des Bildungsmonopols und verlangt die Umgestaltung aller Bildungseinrichtungen im Sinne einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nach folgenden Grundsätzen:

Alle Schul-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, auch die der nationalen Minderheiten, sind staatlich und nicht konfessionell (weltlich). Den weltanschaulich orientierten Gemeinschaften bleibt es überlassen, für einen unverbindlichen Weltanschauungsunterricht außerhalb der öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Bildungsorganisation zu sorgen.

Alle Lehrer und Erzieher der öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sind Staatsangestellte.

Die öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sind jedem Schüler nach Maßgabe seiner Fähigkeiten unbeschränkt zugänglich; ihre Inanspruchnahme ist unentgeltlich. Jeder Staatsbürger hat die Pflicht, von den vorhandenen öffentlichen Bildungseinrichtungen weitestgehend Gebrauch zu machen.

Die "allgemeine Schulpflicht" ist mit mindestens acht vollen Schuljahren festzulegen. Gemeinsame Ausbildung beider Geschlechter (Koedukation) ist auf allen Schulstufen anzustreben.

Für die Kinder des vorschulpflichtigen Alters sind in ausreichendem Maße Pflege- und Heimstätten, sowie Kindergärten zu errichten.

Die Schule ist für alle Kinder im schulpflichtigen Alter Einheitsschule.

Die Einheitsschule besteht aus einer vierstufigen Grundschule und einer mindestens vierstufigen Mittelschule.

Für minderbegabte Kinder und für Kinder mit körperlichen oder geistigen Gebrechen sind Sondereinrichtungen zu schaffen.

Alle der Schulpflicht entwichenen Kinder unterliegen der Berufsausbildungspflicht, insoweit sie nicht höhere Schulen besuchen. Die Berufsausbildung erfolgt für alle Berufe in staatlichen Berufsschulen und Lehrwerkstätten, bzw. auf staatlichen Musterwirtschaften.

An die Einheitsschule schließen sich vierstufige, allgemein bildende und fachlich aufgegliederte Oberschulen als Vorbereitung für das Hochschulstudium und für die Heranbildung von höher geschulten kaufmännischen und technischen Fachkräften an.

Um diese Aufgaben in der Kranken- und Unfallversicherung erfüllen zu können ist es notwendig, die finanziellen Kräfte dieser Institute dadurch zu stärken, daß jeder Privatgewinn von Firmen, die für Sozialversicherungsinstitute und soziale Fürsorgeanstalten ausschließlich oder vorwiegend arbeiten, ausgeschaltet wird. Diese Unternehmungen sind in gemeinwirtschaftliche Anstalten umzuwandeln.

- f) Zusammenfassung aller Dienstnehmer in einer einzigen Pensionskasse zur Sicherung eines sorgenfreien Lebensabends. Altersgrenze zur Erreichung der Pensionsrente bei Frauen das vollendete 55., bei Männern das vollendete 60. Lebensjahr.
- g) Leistungssicherung der Knappschaftskassen durch Zuschuß der Regierung.
- h) Würdige Versorgung der Kriegsoffer und der Opfer des Faschismus.
- i) Einbeziehung aller Dienstnehmer in die Arbeitslosenversicherung.

## II. Mit allgemeiner Auswirkung:

- a) Gesetzliche Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmerschaft in allen wirtschaftlichen Stellen des Staates zur Planung und Lenkung der Wirtschaft.
- b) Schaffung eines Betriebsrätegesetzes, durch welches das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte gesichert wird.
- c) Einhaltung der 44-Stunden-Woche in Betrieben und Betriebsabteilungen, in denen Frauen und Jugendliche (16 J.) zwei Drittel der Belegschaft ausmachen.
- d) Wirksame Jugendschutz-Gesetze, insbesondere: Lehrlingsausbildung. Erhöhter Urlaub für Jugendliche bis 18 Jahre. Ausbau der Lehrlingsinspektionen. Errichtung von Urlaubsheimen für Jugendliche und Lehrlinge.
- e) Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, besonders für die Land- und Forstarbeiter.
- f) Erweiterung des Aufgabenkreises der Gewerbe-Inspektorate auf Heimarbeiter, Hausgehilfinnen sowie auf die Land- und Forstarbeiter.  
Verbot der Frauennachtarbeit sowie der Nachtarbeit in den Bäckereien.
- g) Zusammenfassung des gesamten Arbeiter- und Angestelltenrechtes in einem gemeinverständlich geschriebenen Gesetzbuch der Arbeit.

6.5.46

Zur Kenntnis genommen:

Partei Vorstand:

- Vorsitz: Gen. Schärf
- " Deutsch
  - " Afritsch
  - " Böhm
  - " Hackenberg
  - " Helmer
  - " Jochmann
  - " Koraf
  - Körner* " Körner
  - " Krones
  - " Machold
  - " Maisel
  - " Moik
  - " Popp
  - " Proft *da Proft*
  - " Prokash
  - " Scharf
  - " Seltz *He.*
  - " Speiser
  - " Stika
  - " Strasser

Kontrolle:

- " Flossmann
- " Honay *Honay*
- " Jonas
- " Kostroun
- " Mantler
- " Mentasti
- " Pfaller
- " Rauscher
- " Widmayer

zugezogen:

- " Übeleis
- " Frenzel
- " Zischek
- " Jenschik
- " Poliak
- " Pittermann
- " Migsch

- Sprecher zum Problem Planwirtschaft Gen. Ligsch
- " für die Betriebe Gen. Skritek
- " Standpunkt der Länder Gen. Jedenig und Latzner
- " Zur Sozialpolitik Gen. Maisel
- " zum Ernährungsproblem Gen. Sigmund
- " zur Landwirtschaft Gen. Lentasti
- " für die Gewerbetreibenden Gen. Kostroun

Auch Gen. Seitz wird gebeten zu der aussenpolitischen Frage zu sprechen.

Gen. Skritek wird veranlasst, die Betriebsobmännerkonferenz zu organisieren. Er wird dies im Einvernehmen mit der sozialistischen Fraktion der Gewerkschaften durchführen.

Zu Punkt 14 des Aktionsplanes.

Antrag Für das zentrale Komitee zur Durchführung der Aktion, werden Gen. Fittermann, Scharf und Kauscher vorgeschlagen.

Beschluss Angenommen.

#### IV. Schulfragen.

Es ist ein Streitfall mit der ÖVP in der Schulfrage entstanden. Im Vordergrund der Erörterungen steht die Anbringung der Kreuze in den Schulräumen. Nach der Vereinbarung mit Hurdes soll die örtliche Schulbehörde entscheiden, ob in ihrem Bereich ein solches Brauchtum besteht oder nicht. Der Wiener Stadtschulrat hat entschieden, dass in seinem Bereich ein solches Brauchtum nicht bestehe. Darauf ist die Diskussion losgezogen. Im Hintergrund steht jedoch wahrscheinlich der Kampf um die Zuerkennung des öffentlichen Rechtes der konfessionellen Privatschulen und überdies das Bedürfnis der ÖVP uns abzulenken und in einem Kulturstreit zu verwickeln. Erschwerend ist für uns die Tatsache, dass Fischer ursprünglich die konfessionellen Privatschulen zugelassen hat, allerdings ohne ihnen das Öffentlichkeitsrecht zu geben.

Gen. Scharf ist der Meinung, dass wir uns entscheiden müssen, ob wir diesen Kampf führen wollen oder nicht. Detailentscheidungen sind heute noch nicht nötig.

Gen. Koref. Wir befinden uns heute auf dem Lande in so günstiger Situation, dass zweifellos ein grosses politisches Bestreben der ÖVP dahinter steckt uns in eine ungünstigere Lage hinein zu manövrieren. Hält es für taktisch klüger, von dem Kampf Abstand zu nehmen. Steiermark, Kärnten, Salzburg, und Nieder Österreich stimmen der Meinung bei.

Gen. Körner stellt fest, dass man den Kampf nicht mehr ausweichen kann, die Angriffe richten sich gegen Wien. Es war eine Abordnung der katholischen Jugend nicht nur bei Gen. Scharf sondern auch bei ihm. Das ist eine Anmassung, die sich der Wiener Stadtschulrat nicht bieten lassen kann. Der Kampf ist zwar nicht von uns herauf beschworen worden, aber es ist nicht mehr in unserer Hand dies

aufzuhalten. Gen. Körner will jedoch versuchen, den Kardinal auf ein Gebiet zu bringen, das ihn zwingt, den öffentlichen Kampf abzustoppen. Wird ihm mit der Bischofsanerkennung der Nazis drohen und mit den Aussprüchen, dass der Nationalsozialismus die wirksamste Bekämpfung des Bolschewismus sei. Er hat alle Belege dafür in der Hand.

V. SAH.

Antrag            Gen. Afritsch legt einen Plan der SAH laut Beilage vor und beantragt ihm die Zustimmung der Parteivertretung zu geben.

Beschluss        Angenommen.

11.5.46.  
Kr./D.